

# C

## ANLAGE 1 HINWEISE ZUM VORHABENBEZOGENEN BEBAUUNGSPLAN „VERBRAUCHERMARKT AN DER WALLONENSTRASSE“

### 1 Allgemeiner Hinweis

Neben den nachfolgend aufgeführten Hinweisen von Trägern öffentlicher Belange liegen weitere Hinweise bzw. Anregungen vor, die entsprechend der vom Gemeinderat vorgenommenen Abwägung unbedingt zu beachten sind!

### 2 Belange des Denkmalschutzes

Sollten bei der Durchführung der vorgesehenen Arbeiten weitere archäologische Funde oder Befunde entdeckt werden, sind diese umgehend dem zuständigen Landesdenkmalamt zu melden. Die Fundstelle ist vier Werktage nach der Anzeige unberührt zu lassen, wenn nicht das Landesdenkmalamt einer Verkürzung dieser Frist zustimmt (§ 20.1 DSchG). Gegebenenfalls vorhandene Kleindenkmale (z. B. historische Wegweiser, Bildstöcke usw.) sind unverändert an ihrem Standort zu belassen. Sollte eine Veränderung unabweisbar erscheinen, ist diese nur im Benehmen mit dem zuständigen Landesdenkmalamt vorzunehmen. Auf die Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes über Ordnungswidrigkeiten (§ 27 DSchG) wird hingewiesen.

### 3 Altlasten

Für die im Plangebiet befindlichen Flächen liegen aus der historischen Erkundung keine Hinweise auf Bodenbelastungen vor.

Bei Hinweisen auf bodenfremde Auffüllungen, auffällige Verfärbungen, Gerüche, lokale Verunreinigungen oder sonstige auffällige Eigenschaften des Aushubmaterials sind die Arbeiten unverzüglich einzustellen und die zuständigen Behörden zu benachrichtigen. Maßnahmen zur Erkundung, Sanierung und Überwachung sind bei Bedarf zuzulassen. Gegebenenfalls erforderliche Sanierungsmaßnahmen können im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens vollzogen werden.

### 4 Hinweise der Deutschen Telekom AG

Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen der Deutschen Telekom AG, Niederlassung Karlsruhe, Postfach 100164, 76231. Karlsruhe, Ressort BBN26, Telefon (0721)351-6540, so früh wie möglich, mindestens jedoch 4 Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden.

Im Planbereich liegen Telekommunikationsanlagen der Deutschen Telekom AG. Bei der Ausführung von Straßenbaumaßnahmen einschließlich Anpflanzungen ist darauf zu achten, dass Beschädigungen hieran vermieden werden. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vorher von unserem Bezirksbüro Netze 26, Postanschrift: Postfach 100164, 76231 Karlsruhe, Telefon (0721) 351-6706, in die genaue Lage dieser Anlage einweisen lassen.

Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das "Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 1989; siehe hier u. a. Abschnitt 3 zu beachten. Einer Überbauung unserer Telekommunikationslinien stimmen wir nicht zu, weil dadurch der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung verhindert wird und ein erhebliches Schadensrisiko für die Telekommunikationslinie besteht. Dies betrifft die Bepflanzung im Grünstreifen zwischen Gehweg und Straße (s. Lageplan).

## **5 Hinweise der EnBW**

Die Stromversorgung für das Gebiet kann aus der bestehenden 20 /0,4 kV-Ortsnetz-Station "Drosselweg" erfolgen. Weitere Maßnahmen sind zur Zeit nicht geplant und werden ggfls. nach Erfordernis zu einem späteren Zeitpunkt realisiert.

Innerhalb des Plangebietes sind Versorgungsleitungen vorhanden (siehe hierzu den Übersichtsplan als Anlage zur Stellungnahme der EnBW im Rahmen der Planoffenlage).

Zur Vermeidung von Schäden an Versorgungsleitungen bitten wir Sie, die Baufirmen auf das Einholen von Lageplänen hinzuweisen.

Für die genaue Leitungsauskunft und Einweisung vor Ort setzen Sie sich bitte mit unserem Bezirkszentrum Friedrichstal, Herrn Herrel, Telefon 07249-947611, rechtzeitig in Verbindung.

## **6 Löschwasserversorgung**

Zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung ist eine Wassermenge von 96 m<sup>3</sup>/h über mindestens zwei Stunden erforderlich und nachzuweisen (§§ 15 u. 33 LBO , DVGW Arbeitsblatt W 405). Entnahmestellen (z.B. Hydranten) müssen in einer Entfernung von höchstens 80 m zu Gebäuden vorhanden sein. Es sind möglichst Überflurhydranten nach DIN 3222 zu verwenden. Es ist sicherzustellen, daß der Netzdruck bei der Löschwasserentnahme an keiner Stelle des Netzes unter 1,5 bar abfällt (DVGW W 405 Punkt 6.6). Die Hydranten sind auf einer Ringleitung anzuordnen. Sofern Unterflurhydranten (UH) eingebaut werden, sind sie mit einem Hinweisschild nach DIN 4066 zu kennzeichnen. Bei der Verwendung von Unterflurhydranten ist die DIN 3221 zu beachten.

Der Abstand der Hydranten untereinander sollte nicht mehr als 80 m betragen. Hydranten sind mind. einmal im Jahr, möglichst vor Beginn des Winters, zu überprüfen

und zu warten. Es sind Zufahrtsmöglichkeiten zu den Gebäuden im Baugebiet für Feuerlösch- und Rettungsfahrzeuge zu berücksichtigen.

Vor Nutzungseinheiten in Geschossen, in denen die Oberkante der Brüstungen notwendiger Fenster oder einer sonstigen zum Anleitern geeigneten Stelle mehr als 8 m über der festgelegten Geländeoberfläche liegen, sind Feuerwehrezufahrten / Aufstellflächen nach der VwV - Feuerwehrflächen- vom 11. Aug. 1988 - Az.: 5-5400/213 - in Verbindung mit dem § 2 der LBO/AVO anzulegen. Dies ist bei der verkehrstechnischen Erschließung zu beachten (§ 4 Abs. 1 und § 15 Abs. 1 und 3 LBO , § 2 LBO / AVO ).

## **7 Hinweise zum Grundwasserschutz**

Bei der Errichtung und dem Betrieb von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind die Vorschriften des Bundes ( §§ 19g -1 WHG) und des Landes Baden - Württemberg ( § 25 WG u. VAWs) in der jeweils gültigen Fassung zu beachten. Bei derartigen Anlagen ist die Zustimmung der unteren Wasserbehörde einzuholen.

Wasser, das durch den gewerblichen oder sonstigen Gebrauch verunreinigt oder sonst in seinen Eigenschaften verändert ist, muss über öffentliche Schmutz - oder Mischwasserkanalisation der öffentlichen Abwasseranlage, ggf. über eine Abwasservorbehandlungsanlage (ABA), zugeführt werden. Bei derartigen ABA ist die Zustimmung der unteren Wasserbehörde im Rahmen von Genehmigungsverfahren (z. B. nach Baurecht Wasserrecht und BImSchG) einzuholen.